mehr als 10 000 Einwohnern hatte gebeten, ihnen zur Deckung der in Folge der Socialgesetze erwachsenen Ausgaben einen Zuschuß aus Staatsmitteln zu gewähren, welcher dem auf den Kopf der Bevölkerung entfallenden, durch diese Gesetze veranlaßten Kostenaufwand entspricht. In der Begründung war auf die durch die drei Versicherungsgesetze, namentlich das Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz verursachten Geschäfte hingewiesen und betont worden, daß in allen diesen Städten die Vermehrung der Bureaubeamten, in vielen sogar die Neuanstellung eines besonderen juristischen Beamten nothwendig geworden und die hierdurch wie durch die Beschaffung von Bureauräumen, Portoausgaben ꝛc. den Städten dauernd erwachsenen Mehraufwendungen sehr bedeutend seien. In der That geht aus den Angaben, welche die größere Hälfte der 133 petitionirenden Städte über ihre Aufwendungen zu dem gedachten Zwecke machen, hervor, daß die Unkosten verhältnißmäßig sehr beträchtlich sind. Sie steigen in einzelnen Städten auf 27 ₰ für den Kopf der Bevölkerung und betragen im Durchschnitt 14 ₰ auf den Kopf. In der Commission, welche mit der Petition befaßt war, ist denn auch die Thatsache einer ziemlich hohen Belastung nicht geleugnet worden. Widerspruch hingegen, und unseres Erachtens berechtigten, erfuhr die Bemerkung, daß die Geschäfte zur Ausführung der socialpolitischen Gesetze eines unmittelbaren communalen Interesses vollkommen entbehren. Dem wurde entgegengehalten, daß der Mehrbelastung der Gemeinden durch die Verwaltungskosten für die Durchführung der socialpolitischen Gesetze eine Entlastung derselben durch die auf jene Gesetze zurückzuführende Verminderung der Kosten der Armenverwaltung gegenüberstehe. Des Weiteren verwiesen die Städte mit mehr als 10 000 Einwohnern auf die Thatsache, daß der Staat eine Ersatzpflicht für die aus dem Vollzug der Socialgesetze erwachsenden Kosten schon anerkannt habe, indem er in den Landkreisen, wo die Landräthe diese Arbeiten zu versehen haben, das Pauschquantum der Landräthe für Dienstaufwand erhöht worden sei. Durch diese Vorkehrung scheinen indessen die Städte mit nicht mehr als 10 000 Einwohnern nicht befriedigt zu sein, denn 63 von ihnen petitionirten, die erbetene Beihilfe aus Staatsmitteln den Stadt- und Landkreisen — den letzteren zwecks Vertheilung unter die einzelnen Gemeinden — überweisen zu wollen. Diese Gemeinden berufen sich vorzugsweise auf ihre geringere finanzielle Leistungsfähigkeit im Vergleich zu den großen Städten. In der Commission wurden alle Petitionen mit mehr oder minder großem Wohlwollen erörtert, jedoch übereinstimmend anerkannt, daß ausreichendes Material zur Rechtfertigung eines Staatszuschusses noch nicht beigebracht sei. Unter Rücksichtnahme auf den Zusammenhang mit der bevorstehenden Regelung des Gemeindesteuerwesens wurde beschlossen, sämmtliche Petitionen der Regierung als Material für die in Vorbereitung befindliche weitere Reform der Landes- und der Communalsteuern zu überweisen.

— Der Vice-Präsident des Staatsministeriums, Staatsminister von Boetticher, wird in der nächsten Woche einen mehrwöchigen Urlaub antreten und sich, wie es heißt, nach Karlsbad begeben. — Der Staatssecretair Freiherr von Marschall wird, dem „Hamb. Corresp." zufolge, Anfang nächsten Monats die Geschäfte des Auswärtigen Amtes wieder übernehmen. Er weilt seit dem 4. Juli bei seiner Familie in Heringsdorf. Bereits kurz vor dem Antritt seines Urlaubes war er, durch eine ernste Erkrankung seines Kindes nach Heringsdorf gerufen, eine Reihe von Tagen von Berlin abwesend.

— Im Finanzministerium werden die Vorarbeiten zur Fortführung der Steuerreform sehr eifrig betrieben, so daß die Vorlagen bis zum Herbst fertig gestellt werden können. Im Princip haben der Kaiser und das Staatsministerium der Steuerreform bereits zugestimmt. Unwahrscheinlich ist die in parlamentarischen Kreisen verbreitete Meinung, daß die Gesetzentwürfe auch dem Staatsrath zur Begutachtung unterbreitet werden sollen.

— Nach einer vom Reichs-Versicherungsamte veröffentlichten Bekanntmachung über die Organisation der Invaliditäts- und Altersversicherung gab es am 1. Juli 1892 31 Versicherungsanstalten und 9 besondere Casseneinrichtungen. Zu den 8 am 1. Juli 1891 vorhandenen auf Grund der §§. 5—7 des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes zugelassen gewesenen besonderen Casseneinrichtungen ist inzwischen noch der Allgemeine Knappschaftsverein zu Bochum getreten.

— Die Eröffnung des Nord-Ostsee-Canals ist der „Voss. Ztg." zufolge nach dem bisherigen Fortgang, den die Arbeiten genommen haben, mit Sicherheit in der zweiten Hälfte des Jahres 1895 zu erwarten. Gegenüber der Befürchtung, daß die Höhe der Durchgangsabgaben einen regen Schiffahrtsverkehr im Canal hindern werde, hat der preußische Handelsminister, Frhr. v. Berlepsch, in Aussicht gestellt, daß die Taxe so eingerichtet werden soll, daß sie den denkbar größten Verkehr gestattet.

— Die Geldsammlung für Buschhoff, zu welcher beizutragen die „Ehrenpflicht jedes anständigen Mannes in Deutschland" ist, giebt der „Kölnischen Zeitung", ganz in Uebereinstimmung mit unseren Ausführungen im Morgenblatte, Anlaß zu folgender Bemerkung: „Wir möchten im Interesse der Sache allen Betheiligten rathen, daß sie sich von einer an und für sich berechtigten Empfindung nicht zu weit fortreißen lassen." — Die Kosten des Processes Buschhoff sollen 150 000 ℳ betragen. — Das „Berliner Tageblatt" bringt einen giftigen Artikel gegen den Zeugen Criminalcommissar Wolsch in Berlin und denuncirt ihn als unfähigen Beamten. Wir meinen, daß solche Angriffe gegen die Zeugen zur Beruhigung auf beiden Seiten nicht beitragen.

— Die „Conservative Correspond." schreibt: Von einigen Seiten werden Zweifel darüber geäußert, daß den vielseitigen Wünschen nach der Einberufung eines Parteitages werde ernsthaft Rechnung getragen werden. Dem gegenüber dürfte der Hinweis auf die letzte Sitzung des Vorstandes des Wahlvereins der deutschen Conservativen, in welcher der Beschluß gefaßt worden ist, den Parteivorstand mit der Einberufung eines Parteitages zu beauftragen und eine Commission behufs Erledigung der bezüglichen Arbeiten einzusetzen, wohl genügen. Der Umstand also, daß ein allgemeiner conservativer Parteitag stattfinden muß und wird, steht außer Frage; unbestimmt ist vorläufig nur noch der Termin der Einberufung.

— Bekanntlich hatten die socialdemokratischen Treiber, die hinter dem letzten unglücklichen Streik der Buchdruckergehilfen standen, kein anderes Ziel im Auge, als die Vereinsorganisation als solche zu Grunde zu richten und die Gehilfen zu „Genossen" herabzudrücken. In einer am letzten Sonnabend abgehaltenen Versammlung ließ sich ein Herr Salomon in diesem Sinne vernehmen. „Den Buchdruckern", sagte er, „fehlt noch die politische Reife. Sie haben noch zu viel Classenstolz in sich; Proletarier müssen sie werden, darauf folgt die politische Einsicht." Darauf erwiderte Herr Beseck, der seiner Zeit zu den Führern des Streiks gehört hat, Folgendes: „Wir sollen noch nicht genug heruntergekommen sein, wir sollen noch viel zu viel Lohn kriegen! Nein, wir dürfen nicht weiter runter kommen, wir wollen höher kommen! Das ist unser Solidaritätsgefühl, auf das wir Buchdrucker noch stolz sind. (Lebhafter Beifall.) Wir wollen keine Proletarier werden, wir wollen als thätige Glieder der Gesellschaft den Lohn haben, der uns zukommt. Das sind wir uns, das sind wir unserer Familie, unseren Kindern schuldig! (Bravo!) Die Zukunftsbilder machen uns nicht satt; dafür danken wir ergebenst. (Lebhafte Zustimmung.) Und wenn man die Herren, die solche Zukunftsbilder immer mit so schönen Farben ausmalen und das gegenwärtige Elend predigen, vor die Alternative stellt: „Hier, nehmt das und hofft auf jenes", so werden sie auch bestens danken, denn sie sind klug, aber sie leben davon, daß die Dummen ihnen glauben. (Zustimmung.) Darum hüten Sie sich vor diesen Leuten!" (Stürmisches Bravo!) Zur Sache selbst sei mitgetheilt, daß die Versammlung beschloß, die Unterstützungscassen nicht den Principalen auszuliefern.

— Als Candidaten für den Berliner Ober-Bürgermeisterposten werden zahlreiche Männer verschiedenster Lebens- und Parteistellung genannt, und es haben über das Für und Wider bei jedem Einzelnen in der Presse sehr erregte Auseinandersetzungen stattgefunden, da es schwer fällt, eine Persönlichkeit zu finden, die dem traditionellen „Freisinn" eines Theiles der Bürgerschaft entspricht und zugleich auch für den Verkehr mit den höchsten und allerhöchsten Stellen des Staates geeignet scheint. Jetzt wird der „Tägl. Rundschau" von einer Seite, die als wohlunterrichtet gelten kann, der frühere Cultusminister und jetzige Oberpräsident von Westpreußen, Herr von Goßler, genannt. An Herrn von Goßler ist danach die Anfrage gerichtet worden, ob er eine Wahl anzunehmen bereit sei, und er soll seine Bereitwilligkeit dazu mit dem Vorbehalt erklärt haben, daß die Wahl mit einer Mehrheit erfolge, die ein umfassendes und allgemeines Vertrauen der Bürgerschaft ausdrücke. Bekanntlich genießt Herr v. Goßler trotz seiner conservativen Gesinnung von seiner stets objectiven und unparteiischen Amtsthätigkeit als Cultusminister her die besondere Werthschätzung des hiesigen liberalen Professorenthums, das ja in Berliner communalen Angelegenheiten von großem Einflusse ist; seine liebenswürdigen, vornehmen Umgangsformen würden ihm nach allen Seiten hin zu Gute kommen. Endlich, daß er beim Adel und bei Hofe persona grata ist, möchte ihm die Pflege der Beziehungen „nach oben" hin nichts weniger als erschweren — und wie werthvoll diese sind für die Erledigung vieler für die Entwicklung Berlins wichtiger Fragen, liegt auf der Hand.

— Sr. Maj. Kanonenboot „Wolf", Commandant Corvetten-Capitain Helldorf, ist am 16. d. M. in Chefoo eingetroffen.

— Nach einer in der heutigen Morgennummer und in den Stadtexemplaren befindlichen Mittheilung aus Dar-es-Salaam von gestern wird die Nachricht von der Einnahme der Tembe (befestigtes Dorf) des Häuptlings Sikki durch amtlichen Bericht des Stationschefs von Tabora, Dr. Schwesinger, bestätigt. Lieutenant Graf Schweinitz und die Lazarethgehilfen Jurok und Weidner wurden leicht verwundet.

— Der durch seine politischen Gedichte bekannte Graf Adolf von Westarp, der im vergangenen Monat in Friedrichsruh zum Besuch gewesen ist, berichtet darüber in der „Allgemeinen Zeitung". Den Anlaß seines Besuches bot die Uebersendung seiner Sammlung vaterländischer Gedichte, die unter dem Titel „Deutsche Lieder" soeben erschienen waren, an den Fürsten Bismarck. Der Altreichskanzler kam, wie der Graf erzählt, auch auf seine Entlassung zu sprechen. Schon bald nach dem Regierungsantritt Kaiser Wilhelm's sah er ein, daß ein Zusammengehen mit dem neuen Herrn für ihn nicht möglich sein würde:

„Die Reden des Kaisers machten mich stutzig, und ich erwog in schlaflosen Nächten, wie meine Pflicht mit meinen Ueberzeugungen zu vereinen sei. Ich war in dem qualvollen Zwiespalt schon bis zu der „Freiheit" gelangt, meinen Posten verlassen zu wollen, als ich plötzlich zweimal an einem Tage in den verletzendsten Ausdrücken aufgefordert wurde, meine Entlassung einzureichen. Da erwiderte ich eher Sr. Majestät, er wäre ja Herr darüber, aus eigener Entschließung mir den Abschied zu ertheilen, denn ich wollte unter diesen Umständen nicht die Verantwortung für die Lage übernehmen, die durch mein Ausscheiden herbeigeführt würde. — Und so wurde ich denn entfernt." — Wie der Gedanke, sich von seinem Kanzler zu trennen, bei Sr. Majestät wohl entstanden sein mag, darüber erzählt er Folgendes: „Als der Kaiser zur Regierung kam, sagte einer meiner Collegen, der die Hoffnung hegen mochte, mein Nachfolger zu werden: „Majestät, wenn Friedrich der Große bei seinem Regierungsantritt einen Minister von der Bedeutung des Fürsten Bismarck vorgefunden und ihn in seinem Amt belassen hätte, er wäre nie der „Große" geworden." — Was aber dann die letzte unmittelbare Veranlassung zu meiner Verabschiedung gewesen ist, das weiß ich bis heute nicht. Es wäre mir interessant, wenn ich's erführe. — „Das Unglück unserer Tage", fuhr der Fürst nach einigen Zwischenbemerkungen fort, „ist, daß die leitenden Männer nicht an ihrem rechten Platze sind. Caprivi wäre sicherlich ein tüchtiger Kriegsminister oder Generalstabschef geworden. Die Armee hatte Vertrauen zu ihm. Der leitet die Politik. Marschall, der frühere Staatsanwalt, den ich wohl mal für das Reichsjustizamt im Auge hatte, erhält die auswärtigen Angelegenheiten. Wissen Sie, wie man den in Berlin nennt? Le ministre étranger — aux affaires! Zedlitz, wahrscheinlich ein guter Minister des Innern, kommt als homo novus in die schwierigen Materien der Schulfrage, die der Kaiser selbst ein halbes Jahr lang auf das Gründlichste studirt hatte!" Und in leicht zu errathender Ideenverbindung auf Kaiser Wilhelm I. übergehend, dessen größte Regententugend vielleicht darin bestand, für das einzelne Fach immer die ausgezeichnetste Kraft zu finden, rief er mit bewegter Stimme: „Dem alten Herrn zu dienen, ja das war eine Freude. Und er war doch sehr eingenommen von seiner hohen Stellung und seinem Herrscherberufe. Aber für ihn hätte ich Alles gethan. Und wenn es sonst nicht anders ging, wäre ich Kammerdiener bei ihm geworden."

— Bürgermeister Zelle richtete an den Verein Berliner Kaufleute und Industrieller ein Schreiben, worin er mittheilt, daß aus Stadtmitteln 10 Millionen Mark für die Berliner Weltausstellung zur Verfügung gestellt sind. Zelle spricht dabei die Hoffnung aus, daß die Zeichnungen zum Garantiefonds nunmehr zum Schluß kommen und das gewünschte Resultat ergeben werden.

— Ein Berliner Brief der Münchener „Allg. Ztg." über die Weltausstellungsfrage berichtet, als Organisator der Ausstellung gelte Geh.-Rath Reuleaux, der, wie verlaute, einen ganz besonderen Plan für das Unternehmen vorbereite und auch die Platzfrage in einer dem Interesse der Sache entsprechenden Weise zu lösen hoffe.

* **Schlawe**, 16. Juli. Gestern trat hier, wie der „Kreuzztg." geschrieben wird, unter dem Vorsitz des Reichstagsabgeordneten Herrn v. Massow-Rohr der Vorstand des conservativen Vereins der Kreise Schlawe-Rummelsburg in einer Sitzung zusammen. Nachdem zunächst Herr v. Massow und darnach Herr v. Puttkamer-Treblin in eingehenden Reden die allgemeine politische Lage erörtert und die Bewegung in der conservativen Partei, namentlich im Hinblick auf die politische Stellung des Herrn v. Helldorff, wie sie im „Conservativen Wochenblatt" zum Ausdruck kommt, besprochen hatten, nahm die Versammlung einstimmig die nachstehende Resolution an und beauftragte Herrn v. Massow, dieselbe durch die Presse zur öffentlichen Kenntniß zu bringen.

Resolution: „Die Versammlung spricht ihr volles Einverständniß zu dem Vorgehen der conservativen Fractionen des Abgeordnetenhauses und des Herrenhauses gegen Herrn v. Helldorff aus, begrüßt es im Interesse einer selbstständigen und zielbewußten conservativen Partei im Lande mit Genugthuung, daß Herr v. Helldorff aus einer leitenden Stellung in der conservativen Partei des Landes entfernt wurde, und dadurch die reinliche Scheidung vollzogen, die Herr v. Helldorff selbst in seinem Wochenblatt empfohlen hat.

* **Hamburg**, 18. Juli. In der Angelegenheit des Pächters der hiesigen Petroleumhafen-Anlagen, welcher sich dadurch gewissermaßen ein Monopol gesichert, beschloß die Bürgerschaft im November v. J., den Senat zu ersuchen, gegen den Pächter Riedemann klagbar vorzugehen. Der Senat erwidert heute, seiner Ansicht nach sei Riedemann einer Contract-Verletzung nicht schuldig. Da nach dem bisherigen Betrag der Senat alle einschlagenden Streitigkeiten endgiltig entscheidet, wäre somit die Angelegenheit erledigt.

* **Posen**, 16. Juli. Zur Lage der deutschen Lehrer in der Provinz Posen wird der „Pos. Ztg." geschrieben:

Als vor etwa 5 Jahren die Zöglinge aus deutschen Lehrerseminaren in die Posen'schen Seminare versetzt wurden, um einerseits dem in unserer Provinz herrschenden Lehrermangel abzuhelfen, andererseits das Werk der Germanisirung zu fördern, wurden den deutschen Lehrern persönliche Zulagen und eine Remuneration gewährt über den einheimischen Lehrern, welche man andererseits in die westlichen Theile der Monarchie versetzte, in Aussicht gestellt. Jetzt indessen erschwert ihnen gerade ihr Deutschthum das Fortkommen; für einen in Posen angestellten deutschen Lehrer ist eine Verbesserung seiner Lage so lange unmöglich, als er nicht der polnischen Sprache mächtig ist. Es ist der Fall vorgekommen, daß die königl. Regierung deutschen Lehrern auf Bewerbungen um besser dotirte Stellen mit der Aufforderung antwortete, binnen acht Tagen anzuzeigen, ob der Bewerber der polnischen Sprache mächtig sei. Die „Posener Zeitung" bemerkt dazu: Während man früher ängstlich darüber wachte, daß die Lehrer sich weder in der Schule noch in der Gesellschaft der polnischen Sprache bedienten, will man jetzt von den deutschen Lehrern verlangen, daß sie der polnischen Sprache mächtig sind. Woher sollen dieselben denn das Polnische gelernt haben oder jetzt lernen? Weshalb werden denn nicht gleich die polnischen Lehrer, welche man nach dem Westen versetzt hat, zurückgerufen werden? Wenn man die Erkenntniß erlangt hat, daß zur Ertheilung des katholischen Religions-Unterrichts die polnische Sprache nothwendig ist, so ist es doch nothwendig, den deutschen Lehrern zur Erlernung des Polnischen eine genügende Frist zu gewähren. Jedenfalls ist die Regierung verpflichtet, eine Aenderung dieser auf die Dauer für die Lehrer unerträglichen Lage herbeizuführen.

* **Eisenach**, 18. Juli. Die Vertreter der deutschen Schutzvereine für entlassene Sträflinge waren hier zu Berathungen über ein einheitliches Statut ihrer Vereinsbestrebungen vereinigt. Die Verhandlungen waren nicht öffentlich; den Vorsitz führte der Geh. Oberfinanzrath Fuchs aus Karlsruhe.

* **Fulda**, 17. Juli. Vor einiger Zeit ging durch die Zeitungen die Meldung, der Landgraf Alexander Friedrich von Hessen habe das hiesige Schloß seinem Bruder, dem Prinzen Friedrich Karl, anläßlich seiner Verlobung mit der Prinzessin Margarethe von Preußen geschenkt. Diese Nachricht wird nunmehr von der „fuldaer Zeitung" als nicht zutreffend bezeichnet, sie schreibt nämlich: „Diese Verwendung der Fuldaer Schloßräume wurde weder gewünscht noch in Betracht gezogen; auch wird solche in der Zukunft keinesfalls eintreten."

N. **Herford**, 18. Juli. Gestern war hier das „Nationalliberale Wahlcomité für den Reichstagswahlkreis Herford-Halle" versammelt, um für die bevorstehende Reichstagsersatzwahl endgiltige Beschlüsse zu fassen. Es wurde zunächst zur Vervollständigung der Organisation ein engerer Ausschuß gewählt, der die Geschäfte der Partei im Wahlkreise bis zum Ablauf dieser Reichstagslegislaturperiode wahrzunehmen hat. An die Spitze desselben wurde Rechtsanwalt Lücken-Herford berufen. Sodann wurde nach reiflicher Besprechung der allgemeinen politischen Lage und der besonderen Verhältnisse im Kreise einstimmig beschlossen, einen der gemäßigten liberalen Richtung angehörigen Candidaten aufzustellen. Nur ein solcher ist im Stande, auch die Stimmen derjenigen Gemäßigt- und Freiconservativen auf sich zu vereinen, welche sich mit dem Treiben der „Neuen Westfälischen Volkszeitung" und ihrer Hintermänner nicht länger identificiren wollen. Es wurde dabei betont, daß selbstverständlich das hauptsächliche Ziel sei, den Hochconservativen auch diesen Minden-Ravensberger Kreis zu entreißen, und es wurde die Erwartung ausgesprochen, daß die weiter links stehenden Wähler praktische Einsicht haben und nach der liberalen Mitte hin sich vereinigen würden, um jenes Ziel zu erreichen. Die von deutschfreisinniger Seite geltend gemachte Erwartung, daß im Falle einer Stichwahl nur ein fortschrittlicher Liberaler die socialdemokratischen Stimmen auf sich vereinen werde, konnte jetzt vollends als erledigt betrachtet werden, nachdem das socialdemokratische Organ in Bielefeld mit schneidendem Hohn den Freisinnigen im Voraus die Unterstützung abgesagt hat. Um so richtiger erwies sich nun der von nationalliberaler Seite von vornherein und grundsätzlich betonte Standpunct, daß mit den Socialdemokraten weder zu rechnen noch zu pactiren sei. Für die Candidatur kommen mehrere, sehr geeignete Persönlichkeiten in Betracht. Ein besonderes Comité wurde gewählt, welches nun die Verhandlungen mit den betreffenden Herren zu führen hat und demnächst die Proclamirung des Candidaten bewerkstelligen wird. Die Deutschfreisinnigen glaubten inzwischen eine eigene Candidatur in Aussicht nehmen zu sollen und haben dem Herrn Fabrikanten Buskühl in Halle i. W. die Candidatur „angetragen". Es wird aber bezweifelt, daß diesem Antrag entsprochen wird, da eine entschiedene Stimmung auch im linksliberalen Lager dahin geht, diesmal die Kräfte nicht zersplittern zu lassen. Als conservativer Candidat soll Rechtsanwalt Klasing in Bielefeld, der geistige Leiter der „N. Westf. Volksztg." in Aussicht genommen sein.

* **Bochum**, 18. Juli. Das mit außerordentlich vielen Unterschriften versehene Gnadengesuch für den verhafteten Redacteur Fusangel ist von dem Kaiser abgelehnt worden.

Oesterreich-Ungarn.

* **Wien**, 18. Juli. Das Ministerium beruft eine Cholera-Enquete zur Ergreifung von Maßregeln gegen die Einschleppung der Seuche. Die an der russischen Grenze lagernden Truppen sollen bereits von der Seuche befallen sein. Die Reise des Kaisers nach Galizien und die daselbst geplanten Manöver dürften unterbleiben.

— In der fortgesetzten Berathung der Valutavorlage im Abgeordnetenhause rechtfertigte der Artikel 3 (Ausprägung der Münzen) der Finanzminister den Abschluß des Präliminarvertrages mit der Berndorfer Metallwaaren-Fabrik von Krupp wegen Lieferung von Nickel und wies darauf hin, daß diese Fabrik allein ein ernstes Angebot eingebracht habe und allein reines Nickel herstellen könne. Die Fabrik habe ein nicht geringes Risico übernommen, weil, falls das Gesetz über die Nickelausprägung nicht bis zum 15. August d. J. sanctionirt werden sollte, beide Theile von dem Präliminarvertrag entbunden und die Fabrik zu keinerlei Ersatzansprüchen berechtigt wäre. Die Sachverständigen hätten sich entschieden zu Gunsten des Vertrages ausgesprochen, welcher den Staat vor Gefahren schütze; die ungarische Regierung habe mit derselben Fabrik zu dem gleichen Preise, wie die österreichische, abgeschlossen.

* **Lemberg**, 18. Juli. Aus Rußland kommende Reisende melden, daß bereits in Charkow und Kiew, sowie in der nächsten Nähe der galizischen Grenze choleraverdächtige Erkrankungen vorgekommen seien. Es wird deshalb in nächster Zeit schon die Sperrung der ganzen russischen Grenze befürchtet.

* **Pest**, 19. Juli. Die „Pest. Corresp." meldet nunmehr die Ernennung von Bela Lucas zum Handelsminister. Der Minister Szapáryi tritt Anfang August seinen Urlaub an. Wekerle wird wahrscheinlich wegen Ueberhäufung mit Arbeiten seinen Urlaub aufgeben müssen.

Belgien.

* **Brüssel**, 18. Juli. Ein Industriezweig, welcher bei den bisherigen großen Weltausstellungen nach Ansicht der betreffenden Fachmänner nicht zu seinem gebührenden Rechte gelangt ist, auch wohl in Ansehung des ganzen Charakters jener Veranstaltungen nicht gelangen konnte, ist die Specialität des Kriegswesens. Von diesem Gesichtspuncte ausgehend, hat sich in Antwerpen ein vorwiegend aus Artillerie- und Ingenieur-Officieren bestehendes Comité zum Zwecke der Veranstaltung einer Fachausstellung des Kriegswesens gebildet. Dieselbe soll bereits im nächsten Jahre stattfinden und zwar rechnen die Urheber des Planes auf eine weitgehende internationale Betheiligung, da die günstige Lage des Antwerpener Platzes den Ausstellungslustigen sowie den Ausstellungsbesuchern den Transport, sowie die Reise in jeder Weise erleichtert. Die Festungseigenschaft Antwerpens gäbe den natürlichen Rahmen für die Ausstellung her, während die Neutralität des belgischen Staatswesens allen Nationen die Beschickung der Ausstellung ohne Nebenbedenken gestatten würde. Die hervorragendsten belgischen Industriellen haben sich zur Beschickung der Ausstellung ihrerseits schon bereit erklärt, die öffentliche Meinung des Landes und auch die amtlichen Stellen, sowohl der Armee wie der Regierung, sind dem Plane allseitig gestimmt.

* **Lüttich**, 19. Juli. In dem hier eröffneten Anarchistenproceß erklärte der Hauptangeklagte Moineau, er sei überzeugter Anarchist und hoffe eine Besserung nur von der Vernichtung des Bürgerthums und des Staates. Aus diesem Grunde habe er zum Dynamit gegriffen. Er gestehe auch den Dynamitdiebstahl und die Attentate ein, leugnet aber eine feste anarchistische Organisation in Lüttich. Im Verlauf des Verhörs suchte Moineau den Deutschen Schiebach, welcher aus der Gegend von Aachen stammt und in dessen Localitäten regelmäßige Anarchistenversammlungen stattfanden, zu entlasten, und beschuldigte den Mitangeklagten Lacroix der Lockspitzelei. Moineau erklärte, er sei Anarchist geworden, nachdem er im Jahre 1889 als Officier während des großen Streiks erkannt habe, wie die Arbeiter bedrückt und ungerecht behandelt würden. Die übrigen Angeklagten leugneten ihre Schuld, sowie Dynamitdiebstähle und Attentate. Die Angeklagten Esch, Beaujean, Guilmot gestanden nur eine indirecte Betheiligung an den Attentaten zu, insofern sie, ohne es zu wissen, Dynamit in Verwahrung genommen und die angeblichen Attentäter begleitet hätten. Der Angeklagte Lacroix, welcher seine Mitwirkung bei einzelnen Attentaten und Dynamitdiebstählen zugestand, wurde von den übrigen Mitangeklagten bezichtigt, daß er die Stelle eines agent provocateur gespielt habe. Moineau beschuldigte Lacroix, daß er ganz allein und ohne Vorwissen irgend eines der übrigen Angeklagten das Attentat gegen die Wohnung des Staatsanwalts Beltjens begangen habe.

Schweiz.

* **Bern**, 18. Juli. Das Schiedsgericht in Sachen der Delagoabay verlängerte auf Ansuchen Portugals den Termin für die Beantwortung der englisch-amerikanischen Klageschrift bis Ende November 1892.

Italien.

* **Rom**, 18. Juli. Die bereits gemeldete päpstliche Encyclica zu Ehren des Columbus ist nunmehr veröffentlicht. In derselben wird auch der hervorragenden Verdienste des Columbus um die Religion rühmend gedacht und für den 12. October d. J. die Lesung von Messen in den Kirchen Spaniens, Italiens und Amerikas angeordnet. — Der „Agenzia Stefani" zufolge ist die zu Venedig vereinbarte internationale Sanitätsconvention, nachdem dieselbe gestern auch vom hiesigen türkischen Botschafter unterzeichnet worden ist und somit nun sämmtliche erforderlichen Unterschriften trägt, von der italienischen Regierung an die Signatarmächte mit der Aufforderung versendet worden, eventuelle Richtigstellungen bis zum 31. d. M. anher einzusenden.

* **Turin**, 19. Juli. (Telegramm.) Die Minister Giolitti und Genala wohnten gestern einer hier ihnen zu Ehren abgehaltenen Festsitzung der Allgemeinen Arbeitervereinigung bei und wurden mit lebhaften Beifallskundgebungen begrüßt. In einer bei dieser Gelegenheit gehaltenen Rede hob der Ministerpräsident Giolitti hervor, die gesammte Politik der gegenwärtigen Regierung beruhe auf den Grundsätzen, welche mit dazu beitragen werden, die Lage der Arbeiter in Stadt und Land zu verbessern. In der auswärtigen Politik, so fuhr der Minister fort, haben wir ein einziges Ziel: Erhaltung des Friedens und Herstellung friedlicher Beziehungen zu allen Nachbarstaaten. Im Innern betrachten wir es als eine Hauptaufgabe, die wirthschaftlichen Lebensverhältnisse zu heben, und wir leben in der Hoffnung, daß wir allen Arbeitern Arbeit und entsprechenden Lohn werden verschaffen können. Giolitti betonte schließlich, Italiens Stärke beruhe vor Allem in dem innigen Zusammenwirken zwischen Volk und König. (Lang anhaltender Beifall.)

Spanien.

* **Madrid**, 19. Juli. (Telegramm.) Die Kammer nahm gestern mit 194 gegen 7 Stimmen einen Antrag an, in welchem der Regierung bezüglich ihrer Handelspolitik ein Vertrauensvotum ausgesprochen wurde. — Das Programm für die in Spanien stattfindende Columbusfeier ist nunmehr festgestellt. Darnach werden sich am 12. August die Geschwader der europäischen und amerikanischen Seemächte vor Huelva legen, voran die Corvette „Santa Maria", das getreue Modell jenes Schiffes, in dem Columbus seine erste Fahrt nach Amerika machte. Von Seiten der fremden Geschwader wird die auf der Corvette gehißte castilianische Flagge mit 101 Kanonenschüssen salutirt werden.

Großbritannien.

* **London**, 19. Juli, 2½ Uhr Morgens. (Telegramm.) Das bisherige Wahlergebniß stellt sich wie folgt: 261 Conservative, 50 Unionisten, 272 Gladstoneaner, 9 Parnelliten und 68 Antiparnelliten. Es haben gewonnen die Conservativen 17, die Unionisten 5, die Gladstoneaner 76 Sitze.

* Zu den liberalen Siegern aus den letzten Wahlen gehören drei Männer, deren Auftreten und Thätigkeit im neuen Parlament man mit besonderem Interesse verfolgen wird. Sir Charles Dilke ist trotz aller „Moralisten" und trotz allen Ignorirens seitens der liberalen Parteileitung von den Bergarbeitern des Dean-Forest-Bezirks gewählt worden, welche Kunde die Liberalen indessen nur mit gemischten Gefühlen vernehmen werden. Betrachten wir Dilke allein als Politiker, so ist seine Rückkehr ins parlamentarische Leben und seine nun wieder gesicherte Theilnahme an den Geschäften des Landes nur mit Freuden zu begrüßen. Sein Reformeifer, seine Redegabe, seine umfassenden Kenntnisse sind unbezweifelt und vor wenigen Jahren noch wurde er allein neben Chamberlain als der muthmaßliche Nachfolger Gladstone's in der Führerschaft der liberalen Partei genannt. Chamberlain's Abfall hätte ihn trotz Harcourt und Morley ohne einen ernstlich in Betracht zu ziehenden Rivalen gelassen. Der bekannte scandalöse Ehebruchproceß, in den er verwickelt war, machte indessen diesen Hoffnungen ein jähes Ende. Noch immer betheuert ja Dilke seine Unschuld und stellt sich als ein unglückliches Opfer politischer Intrigue hin, allein obgleich es ihm jederzeit freisteht, nochmals seine „Verleumder" vor Gericht zu ziehen und durch die vorgeblich in der Zwischenzeit erlangten unumstößlichen Beweise seine Unschuld klarzulegen, hat er diesen Weg, der allein ihn noch moralisch reinwaschen könnte, nie betreten. So lange Gladstone lebt, ist Dilke's Aussicht auf Wiederaufnahme in die Leitung der Partei völlig ausgeschlossen.

Rußland.

* **Petersburg**, 18. Juli. Der Finanzminister Wischnegradsky ist gestern Abend 9 Uhr aus Stockholm hier eingetroffen. Derselbe wurde vom Verkehrsminister Witte empfangen. — Nach amtlichen Meldungen wurden an Cholerafällen constatirt: In Astrachan am 15. Juli 391 Erkrankungen und 225 Todesfälle, am 16. Juli 269 Erkrankungen und 218 Todesfälle. In Saratow am 15. Juli 82 Erkrankungen, 43 Todesfälle, am 16. Juli 90 Erkrankungen, 62 Todesfälle. In Zarizin am 15. Juli 89 Erkrankungen, 54 Todesfälle. In Szamara am 15. Juli 51 Erkrankungen, 20 Todesfälle, am 16. Juli 62 Erkrankungen, 32 Todesfälle. In Kasan am 15. Juli 7 Erkrankungen, 3 Todesfälle, am 16. Juli 5 Erkrankungen und 3 Todesfälle.

* Nach einer der „Pol. Corresp." aus Petersburg zugehenden Meldung verlautet dort, daß der ehemalige Gehilfe des Ministers des Innern, Senator Orschewskij, wahrscheinlich zum Generalgouverneur der von der Cholera heimgesuchten Wolgaprovinzen ernannt und beauftragt werden soll, die Schutzmaßregeln daselbst zu leiten, sowie die durch die Unruhen in Astrachan und Saratow gestörte Ordnung wieder herzustellen. Ein weiterer Bericht der „Pol. Corresp." aus Petersburg constatirt, daß die Sterblichkeit im Wolgagebiet in allen von der Cholera heimgesuchten Städten und Ortschaften in erschreckender Weise zunimmt. Die Seuche schreitet im oberen Laufe der Wolga vor und habe bereits Simbirsk erreicht, woselbst 20 Erkrankungen und 11 Todesfälle täglich vorkommen. „Wie ein Gerücht angiebt", heißt es in jener Mittheilung, „habe sich in Astrachan eine Krankheit gezeigt, welche an